

## Antrag

### der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

#### Die transatlantischen Beziehungen zukunftsfest weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ende April 2016 wird US-Präsident Barack Obama Deutschland erneut besuchen. Dabei wird er mit seinem Besuch der HANNOVER MESSE die engen wirtschaftlichen Verbindungen und das darin liegende Potenzial unterstreichen. Dieser Besuch ist erneut Ausdruck der guten bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA.

Der Besuch wird zugleich Gelegenheit bieten, auf die Breite der transatlantischen Beziehungen zu blicken, die in den vergangenen sieben Jahren unter der Präsidentschaft Barack Obamas gerade auch in Anbetracht jüngster Krisen, denen wir gemeinsam gegenüberstehen, noch einmal deutlich an Intensität gewonnen haben. Für die kommenden Jahre wird es darum gehen, diese enge Partnerschaft weiter zu festigen und im beiderseitigen Interesse fortzuentwickeln.

Die USA haben sich in den vergangenen Jahren erneut als eine streitbare, aber zugleich sehr lebendige Demokratie erwiesen. Zahlreiche gesellschaftliche Reformprojekte wurden auf den Weg gebracht. Die USA haben damit erneut unter Beweis gestellt, dass sie auch große gesellschaftliche Konflikte auf demokratische Weise lösen können. Auch die Zustimmung der USA zum Weltklimaabkommen von Paris, in dem sich alle Länder völkerrechtlich verbindlich zum Ziel bekennen, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, ist ein Meilenstein in der Klimapolitik.

Deutschland und Europa sind mit keiner Region der Welt so eng verbunden wie mit Nordamerika. Die Vereinigten Staaten und Kanada sind zentrale Verbündete und Freunde der Europäischen Union und Deutschlands. Uns verbinden nicht nur gemeinsame historische Erfahrungen, sondern auch gemeinsame Werte, die auf den Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Marktwirtschaft und Respekt vor dem Individuum gründen. Das ist die Basis unserer Beziehungen. Unsere gemeinsamen Werte, die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit, starke Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und Verflechtungen in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Bildung und Zivilgesellschaft bilden ein solides Fundament für eine lang gewachsene Freundschaft. Diese findet auch ihren Ausdruck in dem einzigartigen, seit 1983 bestehenden Austauschprogramm beider Länder, dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP/CBYX), sowie in dem gegenseitigen Austausch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der deutschen und US-amerikanischen Parlamente. Unzählige junge Menschen haben hierdurch Werte und Kultur des jeweiligen Gastlandes erleben dürfen und als prägende Erfahrung für ihr weiteres

Leben mitnehmen können. Die transatlantische Partnerschaft ist neben der europäischen Integration der wichtigste Pfeiler deutscher Außenpolitik.

Über 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung durch die Alliierten, gefolgt vom Marshallplan als Ausdruck gelebter transatlantischer Solidarität sowie mehr als 25 Jahre nach Wiedererlangung der staatlichen Einheit ist eine starke transatlantische Partnerschaft angesichts der Herausforderungen und Bedrohungen für unser westliches Wertemodell notwendiger denn je.

Was uns verbindet, sind die gemeinsamen Überzeugungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von der Würde des Menschen und dem Wert von Freiheit und Gerechtigkeit. Unter engen Partnern und Freunden gibt es gleichwohl immer auch Meinungsverschiedenheiten, die zum Teil aus unterschiedlichen Erfahrungen gewachsen sind. Die Anwendung der Todesstrafe in den USA oder das nach wie vor existierende Gefangenenlager in Guantánamo erfahren zu Recht fortlaufende Kritik aus Europa, ebenso wie die seit 2013 entstandenen Irritationen durch das Bekanntwerden von Ausspäh- und Spionageaktivitäten.

Eine starke Freundschaft hält jedoch solche Belastungen aus. Enge Partner arbeiten auch in schwierigen Zeiten an gemeinsamen Lösungen. Probleme müssen souverän angesprochen und Wege der erneuten Annäherung gefunden werden. Auf Regierungsebene, in den Parlamenten und in der Gesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks muss über die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit im digitalen Zeitalter gesprochen werden. Die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste muss dem gerecht werden.

Eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist für Europa und für Deutschland von elementarer strategischer Bedeutung. Daher sollte der Fokus auf gemeinsame Interessen und Herausforderungen gerichtet und die Zusammenarbeit in weiteren Bereichen ausgebaut werden.

Die transatlantische Kooperation in der Außen- und Sicherheitspolitik

Kaum eine Aufgabe der Außenpolitik kann mehr im nationalen Alleingang angegangen werden. Deutschland hat in den zurückliegenden Jahren gezeigt, dass es bereit ist, im Rahmen seiner Möglichkeiten mehr Verantwortung zu übernehmen und sein Engagement im internationalen Konfliktmanagement zu stärken. Dies geschieht im Rahmen der VN, der NATO, der OSZE, des Europarates und der EU und beinhaltet den Einsatz politischer, diplomatischer, friedenskonsolidierender, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher und – wo erforderlich – auch militärischer Instrumente, dabei immer in Absprache mit unseren Partnern und Verbündeten und unter Einhaltung des Völkerrechts. In den USA wird diese Entwicklung sehr positiv aufgenommen.

Die transatlantische Allianz ist und bleibt das zentrale Fundament unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, besonders angesichts neuer Risiken für unsere europäische Friedensordnung und weiterer Bedrohungen in einer globalisierten Welt. Die NATO hat in Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim in beeindruckender Geschlossenheit ein Konzept zum besseren militärischen Schutz der östlichen Mitgliedstaaten, die sich durch das Vorgehen Russlands gegenüber der Ukraine verunsichert fühlen, verabschiedet. Die Verpflichtung des Bündnisses, die Freiheit und Sicherheit aller seiner Mitglieder zu schützen, wurde entschlossen erneuert. Deutschland beteiligt sich in diesem Zusammenhang von Beginn an an der neuen schnellen Eingreiftruppe der NATO. Gleichzeitig hat sich das Bündnis nicht zuletzt auf Initiative der Bundesregierung zur Aufrechterhaltung der NATO-Russland-Grundakte bekannt in der festen Überzeugung, dass die gegenwärtige Krise in den beiderseitigen Beziehungen nur durch Dialog und Kooperation wieder überwunden werden kann. In diesem Sinne hat Deutschland gemeinsam mit unserem Freund und Nachbarn Frankreich die Führungsrolle im sog. „Normandie-Format“ übernommen, um im Dialog mit Russland und der Ukraine nach Auswegen aus der aktuellen

Krise zu suchen. Im Mittelpunkt der aktuellen Gespräche steht die vollständige Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Minsker Abkommen. Deutschland wird dazu auch den OSZE-Vorsitz, den es seit Anfang dieses Jahres innehat, nutzen. Die USA sind durch Deutschland aufs Engste in den Verhandlungsprozess eingebunden und unterstützen die Vermittlungsrolle Deutschlands und Frankreichs.

Transnationale Fähigkeiten sind für eine glaubwürdige Verteidigung der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger unabdingbar. Die beschlossenen Maßnahmen des Bündnisses im Rahmen seiner „Smart Defence“-Initiative sind dabei der richtige Weg. Deutschland hat in diesem Prozess mit seinem Konzept der „Rahmennationen“ nicht nur einen wichtigen Impuls gesetzt, sondern erneut Verantwortung übernommen.

Angesichts der Bedrohung durch „IS“-Terroristen im Irak und in Syrien haben die transatlantischen Partner mit Entschlossenheit und Geschlossenheit reagiert. So beteiligt sich Deutschland an der internationalen Koalition gegen den „IS“. Europa und Nordamerika stehen in diesen Krisen für ihre Werte und Interessen ein und erarbeiten gemeinsam mit Partnern in den jeweiligen Regionen langfristige Lösungen. Hier zeigt sich die unersetzliche Bedeutung einer engen und vertrauensvollen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit im Dienste von Krisenbewältigung und damit für unsere Sicherheit. Dies kommt auch in unserem gemeinsamen Engagement seit 2001 in Afghanistan zum Ausdruck. Die verheerenden Terroranschläge von Paris vom 13. November 2015 haben die Bedrohung des menschenverachtenden „IS“ in tragischer Weise ins Herz Europas geholt. Umso wichtiger ist es, dass die euroatlantische Allianz und Wertepartnerschaft entschlossen und geschlossen zusammensteht, um all jene in ihre Schranken zu weisen, die unser demokratisches und freiheitliches System zu Fall bringen wollen.

Weitere globale Bedrohungen werden im Rahmen der transatlantischen Beziehungen an Bedeutung gewinnen. Nukleare Proliferation, Terrorismus, organisierte Kriminalität, Cyberkriminalität, Piraterie, Klimawandel und Pandemien – diesen Herausforderungen können wir nur gemeinsam erfolgreich begegnen. Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen der VN, der Europäischen Union sowie der NATO ein strategisches burden sharing unterstützen, welches nicht nur Aspekte der Verteidigungspolitik, sondern auch Elemente der Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik umfasst. Nur mit unseren Partnern können wir nachhaltige Strategien zur Bewältigung dieser globalen Probleme erarbeiten.

Als integraler Bestandteil einer kohärenten Außen- und Sicherheitspolitik kann eine vorausschauende Entwicklungspolitik zur Prävention humanitärer Krisen und zum Erhalt staatlicher Stabilität beitragen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen durch eine effektive Entwicklungspolitik ist auch in unserem Interesse. Der Koordinierung der deutschen Entwicklungspolitik auf europäischer und transatlantischer Ebene kommt erhebliche Bedeutung zu, um die Hilfe vor Ort effektiv und effizient zu gestalten. In der Flüchtlingskrise und der Entwicklungspolitik gilt, dass kein Land diese großen Herausforderungen allein bewältigen kann.

#### Die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft

Wirtschaftlich sind die transatlantischen Beziehungen für die Bundesrepublik Deutschland von vitaler Bedeutung. Die USA haben erstmals seit 40 Jahren Frankreich als wichtigsten Handelspartner Deutschlands abgelöst. In keinem anderen Bereich der transatlantischen Beziehungen ist der Grad der Verflechtung so hoch wie in der Handelspolitik.

Als führende Exportnation braucht Deutschland Zugang zu Märkten, internationalen Handelswegen und Rohstoffen. Die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit, das auch in Krisenzeiten bewährte System der Sozialpartnerschaft sowie der Erfolg als Handels- und Exportnation sind die Grundlage für die Stärke der Bundesrepublik Deutschland und den Wohlstand der deutschen Staatsbürger.

Der Bundestag sieht Deutschland in der Verantwortung, sich aktiv für die Umsetzung der in den Sustainable Development Goals (SDG) enthaltenen Forderungen nach inklusivem nachhaltigem Wirtschaftswachstum, menschenwürdiger Arbeit für alle, dem Schutz von Arbeitnehmer- und Menschenrechten, der Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen (ILO – Internationale Arbeitsorganisation) und verantwortungsvollem Wirtschaften entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette einzusetzen. Eine konsequente Weiterentwicklung der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft ist daher sinnvoll und von strategischem Interesse, denn sie bildet eine wichtige Investition in die Sicherung unseres Wohlstandes. Die Diskussionen in Deutschland um die Industrie 4.0 sowie in den USA um eine Reindustrialisierung zeigen die Bemühungen beider Seiten, gemeinsam die Trends der Zukunft zu setzen und maßgeblich mitzubestimmen.

Mit den Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) arbeiten die Europäische Union und die Vereinigten Staaten an einem zukunftsweisenden Projekt. Neben den erwarteten positiven Impulsen für die Volkswirtschaften auf beiden Seiten des Atlantiks ist das Freihandelsabkommen TTIP aus außen- und europapolitischer Sicht zentraler Bestandteil einer strategischen, nach vorn gerichteten transatlantischen Agenda. Das Abkommen sollte nicht nur die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen vertiefen, sondern auch die weltweite Vorreiterrolle Europas und der USA inmitten starker globaler Konkurrenz dauerhaft stärken, nicht zuletzt durch das Setzen sehr hoher Leitstandards und Normen. TTIP könnte der EU und damit der Bundesrepublik Deutschland die wichtige Positionierung in einer multipolaren Weltordnung sichern.

Auch die Volkswirtschaften der Europäischen Union und Kanadas sind durch vielfältige Investitions- und Handelsbeziehungen eng miteinander verflochten. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit Kanada liegen derzeit unter ihren Möglichkeiten. Das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA), welches rechtlich als gemischtes Abkommen zu klassifizieren ist, kann ein wichtiger Schritt für eine weitere Integration der beiden Wirtschaftsräume sein. Der weitgehende Abbau bestehender Zölle soll europäische Unternehmen im Einklang mit den jeweiligen Rahmenbedingungen der Vertragspartner erheblich entlasten und zu einem Anstieg des bilateralen Handelsvolumens bei Waren und Dienstleistungen führen. Der maßgeblich von Seiten der Bundesregierung vorangetriebene öffentlich-rechtliche Investitionsgerichtshof wird als Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Vor dem Hintergrund der laufenden Beratungen sind in der deutschen Öffentlichkeit viele Ängste und Befürchtungen zur TTIP entstanden, die ernst genommen werden müssen. So darf es durch die TTIP weder zu niedrigeren Schutzstandards in der EU, etwa im Lebensmittelbereich, bei Arbeitnehmerrechten, im Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz, noch zur Beeinträchtigung der kulturellen Vielfalt, zur Aufgabe unseres Rechtssystems oder der Hoheit der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den Bereichen Gesetzgebung und Regulierung kommen. Vielmehr dürfen Standards und Normen nur dort angeglichen werden, wo ein mindestens gleich hohes Schutzniveau zum bisherigen sichergestellt wird. Zudem muss gewährleistet werden, dass auch zukünftig höhere Standards und Normen eingeführt werden können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss gesichert sein, und auch der künftige Gestaltungsspielraum in der Daseinsvorsorge muss umfassend gewahrt werden. Genau darauf zielt das Verhandlungsmandat ab, das der EU-Kommission für diese Verhandlungen erteilt worden ist.

Der Bundestag begrüßt die in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Juli 2015 formulierten Anforderungen an das TTIP-Abkommen, insbesondere in den Bereichen Zugang zum US-Markt, Schutz von EU-Standards, neue Streitbeilegung bei Handelsstreitigkeiten, Transparenz, Arbeitnehmerrechte, Schutz personenbezogener Daten, Gewährleistung einer demokratischen Gesetzgebung und Regulierung sowie öffentliche Dienstleistungen.

Mit den Abkommen TTIP und CETA sollen neue Impulse und Möglichkeiten für Wachstum und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland, aber gerade auch in strukturschwächeren Teilen der Europäischen Union geschaffen werden. Das kann zur Sicherung unseres Wohlstands beitragen und helfen, diesen weiter auszubauen. In der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands und Europas liegt der Schlüssel für eine konstruktive Rolle im transatlantischen Verhältnis. Handelsabkommen wie TTIP und CETA bieten die Chance, das Vertrauen zwischen den USA, Kanada und Deutschland zu verbessern und der Partnerschaft wieder mehr Bedeutung zu verleihen. Das wirtschaftliche Gewicht Deutschlands sollte noch stärker in die politisch-strategische Debatte zum Vorteil Europas und der transatlantischen Beziehungen eingesetzt werden.

Die transatlantische Partnerschaft sollte weiter genutzt werden, um die auf dem G20-Gipfeltreffen in Pittsburgh im September 2009 beschlossene „Charta für nachhaltiges Wachstum“ sowie die Reform der Weltwirtschafts- und Finanzordnung mit dem Ziel einer Regulierung der Finanzmärkte, der Koordinierung der Wirtschaftspolitik und einer nachhaltigen Entwicklung fortzuentwickeln und umzusetzen.

#### Transatlantische Zusammenarbeit in der Energie- und Klimapolitik

Eine stabile Energieversorgung ist essenziell für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung. Eine Diversifizierung der Energiequellen und Energielieferanten in Europa ist dringend notwendig.

Zunehmend bedroht der Klimawandel Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Er stellt eine immense politische und wirtschaftliche Herausforderung dar. Nach dem neuesten Bericht der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) hat die Konzentration von CO<sub>2</sub> in unserer Atmosphäre den höchsten Stand seit 30 Jahren erreicht. Die USA, Kanada und die EU gehören zu den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit. In unserer Verantwortung für den globalen Klimaschutz müssen wir dazu beitragen, die Ergebnisse des G7-Gipfels in Elmau und der UN-Klimakonferenz (COP 21) in Paris umzusetzen und eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts zu erreichen. Dazu kann auch die vertiefte transatlantische Zusammenarbeit mit dem USA und Kanada in den Bereichen Energieeffizienz und Erneuerbare Energien beitragen. Die USA, Kanada und Deutschland besitzen wirtschaftliche wie auch technologische Fähigkeiten, um hier voranzugehen. Zusammen haben sie die Stärke, den Weg für eine klimafreundliche nachhaltige Energieversorgung zu bahnen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir den Anfang August 2015 vom Präsidenten Barack Obama beschlossenen Energie-Aktionsplan Clean Power, der eine deutliche Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen vorsieht und damit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels darstellt.

Deutschland ist mit der Energiewende auf einem guten Weg, seine Energieversorgung auf nachhaltige Weise zu sichern und von Energieimporten unabhängiger zu werden. Die deutsche Energiewende erhält in Fachkreisen große Aufmerksamkeit und wird als der international ambitionierteste und ernsthafteste Versuch einer Industrienation gesehen, die Energieversorgung neu auszurichten. In diesem Bereich kann die Bundesrepublik Deutschland den Vereinigten Staaten und Kanada ein gutes Beispiel sein. Es gilt, die bedeutenden deutschen Technologieexporte im Energiesektor weiter auszubauen und unser Wissen und unsere Erfahrungen im Bereich einer nachhaltigen Energiepolitik mit unseren Partnern zu teilen. Zugleich können in den USA bewährte marktorientierte Lösungen beim Ausbau der alternativen Energien in Kombination mit innovativen Finanzierungsmodellen eine sinnvolle Ergänzung der deutschen Instrumente zur Förderung alternativer Energien sein.

Transatlantische Zusammenarbeit in der globalen Internet Governance und Digitalpolitik

Ein offenes, freies und sicheres, globales Internet ist essenziell als Raum der Meinungsvielfalt, Teilhabe, Innovation und als Motor für Wirtschaftswachstum und Arbeit. Dieses freie und offene Internet muss geschützt und weiter ausgebaut werden. Die Schaffung von Regeln und Rahmenbedingungen für das globale Netz kann nicht allein auf nationaler Ebene erfolgen, sondern muss auf europäischer und internationaler Ebene eingebettet und flankiert werden. Einige der Grundfragen des Managements des Internets (etwa die Vergabe und Koordinierung kritischer Internetressourcen) werden auf globaler Ebene entschieden.

Vor diesem Hintergrund wurden im März 2016 die wichtigen Cyberkonsultationen auf Regierungsebene mit den USA fortgesetzt. In diesen Prozess sollten auch die jeweiligen nationalen Parlamente einbezogen werden, um für das gegenseitige Verständnis der jeweiligen Positionen zu werben. Darüber hinaus sind im Rahmen des Transatlantischen Cyber-Dialogs weitere Veranstaltungen mit Vertretern aus Politik, Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft von beiden Seiten des Atlantiks geplant, um über Fragen der digitalen Zukunft im Spannungsfeld zwischen Freiheit, Schutz der Privatsphäre, Sicherheit und wirtschaftlichen Chancen zu diskutieren.

Die Sicherheit, Stabilität und Robustheit des Internets sind von elementarer Bedeutung. Dementsprechend müssen diese Eigenschaften des Systems der Domainnamen (DNS) auch künftig gewährleistet bleiben. Gegenwärtig findet auf globaler Ebene zudem eine Diskussion statt, wie die für die globale Vergabe kritischer Internetressourcen (Domainnamen, IP-Adressen) zuständige Organisation ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) künftig ausgerichtet werden muss, wenn die bisherige Kontrolle durch die US-Regierung wegfällt. Diese hatte 2014 angekündigt, auf die Kontrolle über ICANN verzichten zu wollen. Innerhalb der Gremien der ICANN wurde hierzu ein Vorschlag erarbeitet, der beim Treffen in Marrakesch Anfang März 2016 konsentiert wurde. Damit könnte auf der Basis des wichtigen Multi-Stakeholder-Ansatzes ein Übergangsprozess eingeleitet werden, um die offene, dezentrale sowie interoperable Struktur des Internets sowie seine technische und organisatorische Funktionsfähigkeit sicherzustellen.

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und den USA zu einem sogenannten EU-US Privacy Shield (EU-US-Datenschutzschild) als Nachfolgemechanismus der Safe-Harbor-Entscheidung der Kommission sind abgeschlossen. Ziel ist es, ein angemessenes Datenschutzniveau für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union beim transatlantischen Datenaustausch sicherzustellen. Der schnelle Abschluss des weiteren Verfahrens eines tragfähigen Nachfolgeregimes für Safe Harbor ist wichtig, um Rechtssicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger und für alle Unternehmen beim dringend notwendigen transatlantischen Datenaustausch zu schaffen.

## II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

1. den fortgesetzten Dialog zwischen Deutschland und den USA über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im digitalen Zeitalter;
2. das deutsche Engagement im Kampf gegen den Terror des sogenannten „IS“ im Irak und in Syrien im Bündnis mit den USA sowie den deutschen Beitrag zur Unterstützung der kurdischen Regionalregierung;
3. die Entschlossenheit der transatlantischen Partner, die Ukraine auf ihrem selbst gewählten Weg gezielt zu unterstützen und zugleich mit konkreten Maßnahmen Russland dazu zu bringen, die Destabilisierung der Lage in der Ukraine überprüfbar zu beenden und eine konstruktive Rolle bei der Lösung des Konflikts dort zu übernehmen;

4. die deutsche Bereitschaft, weiter eine Führungsrolle bei der Schaffung transnationaler Fähigkeiten im nordatlantischen Bündnis im Rahmen der „Smart Defence“-Initiative zu übernehmen und sich an der Rückversicherung der osteuropäischen Bündnispartner glaubhaft zu beteiligen;
5. das Engagement der Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den USA für eine transparente Verhandlungsführung;
6. die Förderung der bilateralen Zusammenarbeit in Klima- und Energiefragen mit Kanada und den USA im Rahmen der „Transatlantischen Klimabrücke“;
7. die Exportinitiativen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizienz“, mit denen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen aus Deutschland bei der Erschließung neuer Märkte in den USA und Kanada unterstützt werden;
8. den Beschluss des US-Kongresses vom Juli 2015, die ursprünglich geplanten Kürzungen auf amerikanischer Seite für das Parlamentarische Patenschafts-Programm zurückzunehmen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den offenen Dialog mit den USA auf Augenhöhe und auf allen Ebenen weiter zu intensivieren und zu pflegen, um das gegenseitige Vertrauen zu stärken;
2. sich auch über das Programmjahr 2016/2017 hinaus für die Finanzierung des Parlamentarischen Patenschafts-Programms in bisheriger Höhe durch das Department of State einzusetzen;
3. ihre internationale Verantwortung weiter intensiv wahrzunehmen und sich in enger Abstimmung mit unseren transatlantischen Partnern für die Bewältigung internationaler außen-, sicherheits- und entwicklungs- und menschenrechtspolitischer Herausforderungen einzusetzen, insbesondere für die gemeinsame Umsetzung der Sustainable Development Goals und im Hinblick auf eine nachhaltige Versorgung der Flüchtlinge in der Region rund um Syrien;
4. sich in politischen Gesprächen konsequent für die Abschaffung der Todesstrafe und die Auflösung des Lagers in Guantánamo einzusetzen;
5. sich im Rahmen der internationalen Koalition gegen den sogenannten „IS“ weiter in enger Abstimmung mit unseren transatlantischen Partnern derart einzubringen, dass dem „IS“-Terror Einhalt geboten und damit einer Bedrohung für unsere gemeinsame Sicherheit effektiv begegnet werden kann;
6. zusammen mit unseren transatlantischen Partnern weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, um in dem Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zu einer politischen Lösung zu kommen, die die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wahrt, sowie die Ukraine nachdrücklich auf ihrem Weg politisch, wirtschaftlich und finanziell zu unterstützen;
7. zusammen mit unseren transatlantischen Partnern weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, um in dem Konflikt in Syrien zu einem tragfähigen Waffenstillstand und zu einem politischen Übergangsprozess zu kommen, dessen Grundlagen Syriens Einheit, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und säkularer Charakter sein müssen, sowie die Erarbeitung einer neuen Verfassung und freie und faire, von den Vereinten Nationen überwachte Wahlen, an denen alle Syrer, auch diejenigen, die derzeit im Ausland leben, teilnehmen können;
8. die Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den USA weiter konstruktiv mit geeigneten politischen Mitteln zu unterstützen und sich für die Wahrung deutscher Positionen und Interessen wie die verbindliche Einhaltung hoher Um-

- welt-, Menschenrechts- und Sozialstandards im Sinne der Resolution des Europäischen Parlaments vom 8. Juli 2015 und die Wahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge einzusetzen und insbesondere auf der verbindlichen Einhaltung aller acht ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu bestehen;
9. bei der Kommission der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass die Abkommen TTIP und CETA als gemischte Abkommen von den EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen;
  10. auf Regierungsebene, im Rahmen der „Transatlantischen Klimabrücke“, des EU-USA-Energierates und in multilateralen Energieforen Positionen und Erfahrungen deutscher Klima- und Energiepolitik zu vermitteln, Initiativen auf beiden Seiten zusammenzuführen und so auf eine stärkere Zusammenarbeit in diesen Bereichen hinzuwirken;
  11. den transatlantischen Cyberdialog unter Beteiligung der Parlamente fortzuführen und gemeinsame Antworten auf die Fragen der digitalen Zukunft im Spannungsfeld zwischen Freiheit, Schutz der Privatsphäre, Sicherheit und wirtschaftlichen Chancen zu entwickeln;
  12. sich gemeinsam in den Gremien der Internetverwaltung für den Erhalt eines freien, offenen und sicheren Internets einzusetzen;
  13. sich auf europäischer Ebene für den schnellen Abschluss des Verfahrens zur Umsetzung eines tragfähigen Nachfolgeregimes für Safe Harbor einzusetzen und so Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen zu schaffen;
  14. die politische Zusammenarbeit auf Regierungs- und Parlamentsebene durch den Austausch von Personen und Wissen zu ergänzen. Dies gilt insbesondere für gesellschaftliche Organisationen wie die politischen Stiftungen, denen eine besondere Mittlerrolle zukommt. Jugendaustausch, Städtepartnerschaften und Ressortkooperation auf Bundes- und Länderebene können diese Zusammenarbeit ergänzen.

Berlin, den 12. April 2016

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion**  
**Thomas Oppermann und Fraktion**